

# Krafsauer Zeitung.

Nr. 101.

Donnerstag den 3. Mai

1866.

Die „Krafsauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafsau 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., für einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Casse Nr. 107.

X. Jahrgang.

Gebühr für Anzeigen im Amtsblatte für die vierstellige Zeitzeile 5 Kr., im Anzeigeblatte für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: Haafenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien.

## Amtlicher Theil.

Er. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 26. April d. J. dem österreichischen Unterthan Alexander Ritter von Goldschmidt in Paris die Annahme des ihm verliehenen Pöfens eines k. k. hannoverschen Consuls allergnädigst zu gestatten geruht.

## Nichtamtlicher Theil.

Krafsau, 3. Mai.

Die Pariser Journale vom 1. d. veröffentlichen den Text der auf die Entlassung bezüglichen Depesche des Grafen Mensdorff an den Gesandten Grafen Karolyi vom 26. April. Hinweisend auf die Nothwendigkeit der Rüstungen Oesterreichs in Venetien, erklärt die Depesche, Oesterreich werde unverzüglich in Böhmen entlassen, sobald es überzeugt werde, daß die Rüstungen in Venetien nicht die Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Oesterreich und Preußen beeinträchtigen. Die mittelstaatlichen Rüstungen würden den Frieden nicht stören, wenn Oesterreich und Preußen ihre friedlichen Erklärungen realisirten. Preußen könne die Befürchtungen der Mittelstaaten vollständig beschwichtigen, wenn es für die Aufrechterhaltung des Bundesfriedens dieselben Versicherungen gebe, wie Oesterreich am 24. April. (Nach dem heute von der „Wiener Abendp.“ veröffentlichten Wortlaut, welchen wir morgen bringen werden, ist obige Analyse ziemlich genau.)

Die „Zeidl. Corr.“ vom 1. d. meldet: Auf die österreichische Depesche vom 26. April ist dem Baron Werther telegraphisch die Erklärung zugegangen, Preußen werde bei so veränderten Umständen auf den Antrag Oesterreichs nicht eingehen. Eine schriftliche Depesche werde morgen zur Kenntniß der österreichischen Regierung gelangen.

Der Wortlaut der unter demselben Datum (26. April d. J.) an den k. k. Gesandten in Berlin erlassenen zweiten Depesche wird von der „Const. Dest. Ztg.“ veröffentlicht. Auch dieses umfangreiche Actenstück sind wir heute mitzutheilen außer Stand. Wir werden es morgen vollständig zur Kenntniß unserer Leser bringen. Vorläufig bemerken wir, daß in demselben die militärische Festsetzung Preußens in Schleswig zugelassen und den Februarforderungen bezüglich Kiels und Rendsburgs die Unterstützung Oesterreichs verheißen wird. Behufs der Regelung der Erbfolge in den Herzogthümern wurde an der Entscheidung des Bundes und der Befragung der Stände festgehalten. — Die Rückantwort Preußens hierauf ist, wie ein Wiener Telegramm der „Boh.“ meldet, am 1. d. in Wien eingetroffen.

Das der österreichischen Depesche vom 26. April beigegebene Memorandum über die Herzogthümerfrage soll ein sehr umfangreiches Exposé sein, welches die Frage vom historischen und vom juristischen Standpunkte beleuchtet, und darin gipfelt, daß Oesterreich, des längeren Verweilens der Frage müde, dieselbe einer endlichen Lösung zuführen gedente, und wenn dies mit Preußen nicht möglich sei, dies ohne Preußen thun werde. Oesterreich halte den Standpunkt fest, den es nach dem Wiener Vertrage angenommen und bisher consequent verfochten habe, daß die Frage nur bundesmäßig und im Zusammenwirken mit dem Bunde zu lösen sei. In dem Exposé wird ausgeführt, daß die deutschen Großmächte durch den Wiener Friedensvertrag nur die Titel Christian's IX., aber nicht die Souveränität über die Herzogthümer erworben haben. Die Stimme Holsteins am Bunde ruhe vorläufig, sei aber auf einen selbstständigen Souverän zu übertragen und Oesterreich werde nicht zugeben, daß sie mit einer anderen verschmolzen werde.

Die vor einigen Tagen durch die Botschafter von Frankreich und England in Wien mitgetheilte analoge Friedensbetheuerung der italienischen Regierung ist, wie man der „Boh.“ schreibt, ohne irgendwelchen Rath oder irgendwelche Rücksicht einfach zur Kenntniß gebracht worden. Hinzugefügt wird, daß das österr. Cabinet seiner dankenden Empfangsbekundigung die Bemerkung beizugeben nicht umhin konnte, daß die betreffende Erklärung mit den diesseits bekannt gewordenen zweifelhaften Thatsachen in so flagrantem Widerspruche stehe, daß man Angesichts dieser Thatsachen ihr nicht den mindesten Werth beizulegen vermöge.

Die Meldung, daß Oesterreich in Paris die Erklärung abgegeben habe, es werde Italien gegenüber sofort und vollständig abzurufen, wenn ihm eine Sicherheit geboten werde, daß Italien nicht angreife, ist zum Mindesten ungenau. Oesterreich hat, wie aus Wien berichtet wird, eine analoge Erklärung,

nicht bloß in Paris, sondern an allen großen Höfen abgegeben, aber in der Form, daß es seinerseits nicht abzurufen vermöge, weil ihm die gedachte Sicherheit nicht geboten worden. Je näher übrigens speciell Frankreich damit die Aufforderung gerückt war, wenigstens seine Bereitwilligkeit auszusprechen, Italien zu einer formell bindenden beruhigenden Rundgebung zu veranlassen, desto bedeutamer ist es ohne Zweifel, daß es diese Gelegenheit nicht benützt hat.

Den Vertrag zwischen Preußen und Italien betreffend wird der „Times“ aus Berlin geschrieben: Dem General Cavone sei es freilich gelungen, eine Vertragsstipulation aufzusehen, der gemäß Preußen und Italien zusammenwirken sollen, falls Preußen mit Oesterreich in Krieg geräth. Nicht nur aber sei die Unterzeichnung und Bervollständigung dieses Vertrages verschoben worden, bis der Anlaß dazu eintritt, sondern was unter den Umständen ein mehr unmittelbares Interesse hat, Italien könnte nicht auf Preußens Hilfe rechnen, wenn es zuerst den Feldzug begäunne. Wie man dem „Neuen Fremdenblatt“ aus Lugano (wie es scheint ein falsches Datum) schreibt, ist jedoch der Plan der zwischen Italien und Preußen combinirten Action (vor ungefähr vierzehn Tagen, gerade in dem Moment, als die Abrüstungsvorschläge zwischen Berlin und Wien hin und wieder getragen wurden) wesentlich abgeändert und dem Florentiner Cabinet die Rolle der kriegerischen Initiative zugewiesen. Nicht mehr von Preußen, sondern von Italien sollte der erste Angriff ausgehen. Diese Aenderung wurde auf preußische Veranlassung vorgenommen, da man sich in Berlin durch den Bund gerührt fühlt und nicht gern das Dium des Angriffes auf sich ladet. Der Correspondent behauptet, daß ein förmlicher Vertrag vorliegt und bezeichnet den 27. März als den Tag der Ratification des Allianzvertrages.

Aus einer „stets erprobten“ Londoner Quelle stellt die „N. Fr. Pr.“ die folgenden 5 Punkte fest: 1. Zwischen Preußen und Italien ist ein förmlicher Vertrag nicht abgeschlossen. 2. Preußen hat Italien in der dringlichsten Weise zum Vorgehen aufgefordert. 3. Italien hat, mit der Erklärung, daß es zur Action bereit sei, in Paris angefragt und der Kaiser Napoleon hat ihm 4. vollständig freie Hand gelassen, aber mit dem Beifügen, daß es von Frankreich keinen Mann und keinen Franc zu erwarten habe. 5. Daraus hin hat Italien in Berlin notificirt, daß es in die Action nicht eintreten könne. Die Punkte 2, 3 und 4, schreibt ein Wiener Corr. der „Bohemia“, werden mir als richtig, Punkt 5 als sehr zweifelhaft, Punkt 1 aber als entschieden unrichtig bezeichnet, nachdem man hier schon vor 14 Tagen von einer Seite, die orientirt sein muß, die kurze, aber bestimmte und seitdem auch vor anderswoher bestätigte Mittheilung erhalten: Il trattato e concluso.

Die der „Independance belge“ entlehnten Nachrichten, wonach angeblich Frankreich im Namen Italiens über die künftige Entschließung Italiens eine Verpflichtung Oesterreich gegenüber eingegangen wäre, erregen das Besremden der Florentiner Blätter. Sie sagen, es könne dies nur eine falsche Annahme sein, welche durch die, übrigens notorische (?) Thatsache der rein defensiven (?) Haltung Italiens veranlaßt worden ist.

Ueber die Kriegsrüstungen Italiens werden wir in nächster Zeit wohl wenig aus den italienischen Blättern erfahren, denn wie die „Opinione“ berichtet, hat das Kriegsministerium die Militärcommandanten in einem Schreiben angewiesen, die Publicität weiter angeordneter Maßregeln und militärischer Bewegungen zu vermeiden. Vorläufig genügt, was die Blätter jetzt noch melden; Ausschreibung ungeheurer Lieferungen auf kürzeste Frist, Kugelgießen, Übungsmärsche, Inspektionen, Mobilisirung und Harangierungen der Mobiltgarde, Formirung von Freiwilligencorps, vollste Thätigkeit aller Zweige der Militär- und Marineverwaltung u. d. Die „Liberté“ bringt ein Privat. aus Florenz, welcher zufolge der König Victor Emanuel mit dictatorischer Gewalt bekleidet, für die Papiere der Bank der Zwangscours decretirt und der Prinz v. Carignan zum Regenten des Königreichs ernannt worden wäre. Die Florentiner Journale constatiren die Eintracht der verschiedenen Parteien in der Kammer und im Lande angesichts der gegenwärtigen Ereignisse.

Von einer englisch-russischen Intervention, schreibt das „N. Fremdbl.“, weiß man hier gar nichts, obzwar Privatmeldungen aus Petersburg berichten, daß der Czar sich dem preußischen Gesandten gegenüber über die Kriegszustände des Grafen Bismarck, sowie über den ganzen Gang der preußischen Politik in sehr energischen Worten mißbilligend geäußert hat. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt officiös: In Folge der Rüstungen Sachsens wurde der preußische

Gesandte in Dresden angewiesen, eine mündliche officielle Erklärung zu erbitten und, falls solche ungenügend ausfiele, entschiedene Maßregeln von Seite Preußens in Aussicht zu stellen. Wie das „Dresdn. Journal“ meldet, wurde eine vom 29. April datirte Antwortdepesche auf die Samstags übergebene preußische Commattionsdepesche am 1. d. in Berlin übergeben. Eine Andeutung über den Inhalt derselben wird nicht gegeben. Nach einer Berliner tel. Depesche der „Schles. Ztg.“ erklärt Sachsen, es habe nur für etwaige Anforderungen des Bundes bereit sein wollen. In preußischen Blättern lesen wir ferner, daß Sachsen zur Verantwortung der Depesche eine dreitägige Frist gestellt war.

Einem preußischen Blatte wurde gemeldet, Oesterreich hätte von Baiern Erklärungen über dessen Rüstungen verlangt und Baiern halte zu Preußen. Wie glaubwürdig sich diese Nachrichten erweisen, mag aus dem Umstand hervorgehen, daß die österreichische Regierung, wie das „N. Fremdbl.“ meldet, die Genehmigung zur Ausfuhr von 6000 Pferden für die bairische Armee erteilt hat, die denn auch schon abgeliefert worden sind. Das Pester Haus Blum und Brachfeld, welches diese Lieferung effectuirt, hat auch großartige Bestellungen von Seite der eigenen Regierung erhalten.

Von Seiten der Mittelstaaten soll, wie versichert wird, für den heute sehr wahrscheinlichen Fall, als die Abrüstung der beiden Großmächte nicht sofort vereinbart und durchgeführt werden sollte, am Bunde ein bereits vorbereiteter Antrag eingebracht werden, welcher zunächst den Zweck hat, die einzelnen Regierungen, welche sich bereits zu militärischen Maßnahmen veranlaßt gefunden haben, von dem Schein einseitiger Parteinahme zu befreien und diese Maßnahmen selbst auf den Boden des Bundesrechtes hinüberzuleiten. Der Antrag würde zunächst die Bereitschaftshaltung der sämmtlichen Bundes-Contingente zum Gegenstande haben.

Das preußische Circular in der Bundesreformfrage lautet nach der „Nat.-Ztg.“ wörtlich: Berlin, 27. April 1866.

Der Reuer-Ausschuß, welcher unsern Antrag vom 9. April d. J. auf Einleitung der Bundesreform durch Berufung eines Parlamentes der Bundesversammlung zur Beschlußfassung zu unterbreiten hat, ist am 26. April gewählt worden und es handelt sich nunmehr um Beschleunigung der Entscheidung dieser Vorfrage. Während das Reform-Bedürfnis von allen Seiten längst anerkannt und während die Nothwendigkeit der parlamentarischen Mitwirkung an der Bundesreform kaum noch ernstlich bestritten werden kann, tritt uns in den Erklärungen verschiedener Regierungen in der Bundestagsitzung vom 21. April und auf anderen Wegen die Auffassung entgegen, daß vor der Beschlußnahme erst über die materielle Seite der Reformfrage zwischen den Regierungen eine Einigung zu erzielen sei. Man erwartet von uns die Einbringung unseres vollständigen Reformplanes in den Ausschuß und eine Regierung geht so weit, sogar den Beginn der Thätigkeit desselben von einer solchen Mittheilung abhängig machen zu wollen. Dieser Auffassung gegenüber, deren Verwirklichung die Beseitigung jedes ernsthaften Reformversuches wäre, müssen wir darauf aufmerksam machen, daß nach unserem Antrage und dem Bundesbeschlusse vom 21. April die Aufgabe des Reuer-Ausschusses nicht die Verhandlung über die dem Parlamente zu machenden Reformvorlagen, sondern die Berichterstattung darüber ist, ob von Bundes wegen die Einberufung einer aus directen Wahlen hervorgehenden Volksvertretung zur Beratung der Bundesreform zu beschließen sei oder nicht. Unsere Vorschläge für die Reformvorlagen werden wir unseren Bundesgenossen erst dann vorlegen, wenn der Zusammentritt des Parlamentes zu einem bestimmten Termine gesichert ist.

Wir werden bei den Ausschußberatungen die Gebiete des Staatslebens bezeichnen können, auf welche unsere Vorschläge sich erstrecken werden. Es sind größtentheils Fragen, welche sich auf die Sicherstellung der höchsten Zwecke des Bundes beziehen, die bereits Gegenstand der eingehendsten Verhandlungen gewesen sind und deshalb eine Verständigung zu einem bestimmten Termine möglich machen. Wir werden uns, um dies Ziel zu erreichen, gerne bescheiden, nur die allernothwendigsten Fragen anzuregen, da uns dadurch der Erfolg des Reformversuches am meisten gefördert erscheint. An eine Verständigung der Regierungen über den Inhalt und Text der Vorschläge aber glauben wir nicht, wenn für dieselbe nicht ein Praeclusivtermin mit der Aussicht auf die fördernde Mitwirkung des in der Volksvertretung liegenden einheitlichen und nationalen Factors gestellt wird. Nach den mit den Reformversuchen in den letzten Jahrzehnten gemachten Erfahrungen halten wir es für ganz zweifellos, daß ohne die selbstauferlegte Nothigung, welche in der vorherigen Feststellung des Termines für die Par-

lamentberöffnung liegt, an eine Verständigung der Regierungen auch nur über die allernothwendigsten Reformen gar nicht zu denken ist.

Wir stehen mit dieser Ueberzeugung, für welche die eclatantesten Thatsachen sprechen, gewiß nicht allein. Sind doch die Gefahren, welche dem Bunde von Außen drohten, nicht ausreichende Motive gewesen, um für die dringend nothwendige Reform der Bundeskriegsverfassung auch nur die ersten Schritte zuwege zu bringen, zu welcher Preußen seit fast vier Jahrzehnten wiederholt in energischer Weise den Anstoß gegeben hat. Und hat doch noch im letzten Jahrzehnts angesichts des stets drohenden dänischen Krieges die Verhandlung über die Küstenvertheidigungs- und Flottenfrage, wo es sich bei Preußens Opyerwilligkeit nur um ganz geringfügige Leistungen seitens der Bundesgenossen handelte, trotz aller unserer Bemühungen am Bunde und bei den Regierungen seit 1859 bis jetzt ausichtslos geschwebt.

Die Bestimmung des Termins der Parlamentsberöffnung vor Beginn der Verhandlungen der Regierungen über die Reformvorlagen ist der Kern unseres Antrages vom 9. April. Mit der Ablehnung dieser Frage wäre die ernstliche Behandlung der Bundesreform überhaupt thatsächlich abgelehnt.

Eu. Exc. wollen die Regierung, bei welcher sie beglaubigt zu sein die Ehre haben, über diese unsere Auffassung nicht im Zweifel lassen. Sez. v. Bismarck.

Mit Bezug auf das gestern nach dem „Journ. de Bruxelles“ mitgetheilte preußische Bundesreformproject bemerkt die „France“: Das Project könnte nur den Abgrund zwischen beiden deutschen Großmächten vergrößern. Könnte es angenommen werden, so wäre dies die Vernichtung des österreichischen Einflusses im Bunde. Um Oesterreich diesem Plan zu unterwerfen, müßte es zuvor große Niederlagen erleiden. — Die „N. Frankf. Z.“ findet darin nur eine Erneuerung des für Deutschland so unheilvollen Rheinbundes, den man Decennien lang gerade in Preußen am allerentschiedensten verdammt.

In Wiener Berichten wohlinformirter Correspondenten wird mit voller Bestimmtheit versichert, daß die Regierungen, welche sich an der Augsburger Ministerconferenz betheiligte, in Gemäßheit der Verabredungen dieser Conferenz ihre Bundestagsgesandten in erster Reihe dahin instruirten haben, in die Erörterung der Einberufung des — im Princip ohne Weiteres zu concedirenden — Parlamentes erst dann einzutreten, wenn Preußen durch die Entwicklung seines Reformprojectes die Möglichkeit geboten, Umfang und Richtung desselben beurtheilen zu können.

Der Hamburger „Börsenhalle“ schreibt man aus Berlin, die Nachricht von einer Berufung Roggenbach's zum Zwecke einer Vermittlung zwischen dem Ministerium und den Führern der Fortschrittspartei sei nicht zutreffend.

Die türkische Regierung hat, wie der Belgrader „Bidov Dan“ meldet, unter den Albanesen, natürlich mahomedanischer Religion, die Vornahme der Reerutirung für das stehende Heer angeordnet; aber die Albanesen, mit dieser Maßregel unzufrieden, haben mit dem bewaffneten Aufstande geantwortet, welcher an mehreren Orten factisch zum Ausbruch gekommen ist. Die Pforte hat ihrerseits etliche Bataillone, darunter auch eines aus Nissa dorthin dirigirt und die Truppen befinden sich nun in Malaahja auf Verstärkungen wartend, um dann die Empörer anzugreifen.

Der Washingtoner Correspondent der „Times“ meldet: Staatssecretär Seward hat an den amerikanischen Gesandten in Wien, Herrn Motley, eine Depesche mit der Weisung gerichtet, bei der ersten Verschiffung in Oesterreich für Mexico geworbener Truppen Wien zu verlassen. Zugleich wurde Herr Motley beauftragt, das österreichische Cabinet zu informiren, dem österreichischen Gesandten in Washington würden auf die Nachricht, daß die Einschiffung erfolgt ist, seine Pässe zugeestellt werden. (Schon bei der ersten Verschiffung war eine ähnliche Nachricht aufgetaucht und alsbald dementirt worden. Jetzt wird die Ente nochmals servirt.)

## Landtagsangelegenheiten.

[79. Sitzung des galizischen Landtages am 27. April 1866.]

Der Landmarschall Fürst Leo Sapieha eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr Vorm.

Anwesend: 121 Abgeordnete. Von Seite der Regierung anwesend: der Regierungs-Commissär I. I. Hofrath Ritter v. Possinger.

Nach Genehmigung des Protocolls der letzten Sitzung werden die neuerdings eingelaufenen Petitionen von Nr. 2717 bis 2720 verlesen.

Der Obmann der Petitionskommission v. Boczkowski erstattet einen kurzen Bericht über die Thätigkeit dieser Commission. Die Gesamtzahl der an die Commission überwiesenen Petitionen beträgt 2694; hievon wurden an den Landesausschuss und an andere Commissionen 1590 abgetreten; es verblieben in der Commission 1104, von denen 636 erledigt wurden und 468 unerledigt geblieben sind. Da viele dieser Petitionen berücksichtigt zu werden verdienen, so beantragt v. Boczkowski, alle in der Commission unerledigt gebliebenen Petitionen an den Landesausschuss zur entsprechenden Erledigung zu überweisen.

Abg. v. Laszkowski fügt zu diesem Antrage bei, daß auch die in anderen Landtagscommissionen befindlichen Petitionen dem Landesausschuss zur Erledigung zugewiesen werden.

Diese beiden Anträge werden angenommen, worauf zur Tagesordnung geschritten wird.

Abg. v. Krański legt im Namen des Landesausschusses den Bericht über die Wahl des Herrn Antalkiewicz aus den Landgemeinden des Saybuscher Bezirkes vor. Der Landesausschuss beantragt, die Wahl des Herrn Antalkiewicz wegen stattgehabter Unregelmäßigkeiten bei der Wahl für ungültig zu erklären. — Der Antrag wird ohne Discussion angenommen.

Hierauf legt Abg. v. Krański den Bericht über die Wahl des Pfarrers Herrn Trzeszczakowski aus den Landgemeinden des Grodener und Janower Bezirkes vor. Auch bei dieser Wahl fanden Unregelmäßigkeiten statt, daher der Landesausschuss die Ungültigkeitserklärung der Wahl des Herrn Trzeszczakowski beantragt.

Für die Agnoscerung dieser Wahl sprechen die Abg. Szwedzicki, Loziński und Giniewicz, für den Antrag des Landesausschusses Graf Golejewski.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Landesausschusses angenommen.

Abg. Dr. Kabath legt sodann den Bericht des Landesausschusses über die Anträge der Abg. Pietruszewicz und Grafen Borkowski in Betreff des Gebrauchs der polnischen und der ruthenischen Sprache bei den Landtagsverhandlungen nieder. Der Landesausschuss stellt folgenden Antrag:

Der h. Landtag wolle beschließen: 1. In die Geschäftsordnung des Landtags sind folgende Bestimmungen aufzunehmen: Der Landmarschall amtirt in polnischer Sprache, Außenische Eingaben beantwortet der Landmarschall in ruthenischer Sprache, auf alle anderen Eingaben antwortet er in polnischer Sprache. — Die Sitzungsprotocolle müssen in polnischer und ruthenischer Sprache ausgegeben werden. Bei Stellung von Anträgen, Einbringung von Interpellationen und bei den Verhandlungen muß man sich der polnischen oder ruthenischen Sprache bedienen. Die Berichte des Landesausschusses und der Commissionen werden an die Landtagsmitglieder in polnischer und ruthenischer Sprache verteilt. Bei der Verabreichung hat der Bericht in polnischer Sprache als Grundlage zu dienen. Die Beschlüsse faßt der Landtag in polnischer Sprache. — 2. Als Zusatz zur Instruction für den Landesausschuss: Der Landesausschuss amtirt und correspondirt in polnischer Sprache. — In der Erledigung an die Parteien bedient sich der Landesausschuss bei ruthenischen Eingaben der ruthenischen, bei allen anderen Eingaben der polnischen Sprache.

Bei der Generaldebatte ergreift der Abg. Anton Dobrzański das Wort und spricht für die vollständige Gleichberechtigung der ruthenischen Sprache mit der polnischen im Landtage und im Landesausschuss.

Abg. L. v. Skrzypski spricht für den Antrag des Landesausschusses und geht dabei vom ausschließlichen polnischen Standpuncte aus.

Die Versammlung beschließt den Schluß der Discussion und es werden zwei Generalredner gewählt. Als solche sprechen: Graf Golejewski für den Antrag des Landesausschusses, Abg. Guszalewicz gegen denselben.

Nach einer Ansprache des Referenten Dr. Kabath beantragt Graf Golejewski, den Antrag des Landesausschusses ohne Discussion anzunehmen.

Nach einer längeren Discussion für und gegen diesen Antrag stellt Graf Golejewski folgenden weiteren Antrag als Zusatz zu Punkt 1 des Antrages des Landesausschusses: „Bei der dritten Lesung ist der polnische Text gleichzeitig mit dem ruthenischen Text zur Beschlußfassung vorzulegen. In zweifelhaften Fällen entscheidet der polnische Text.“

Nach längerer Discussion über diesen Antrag so wie über die Frage, ob dieser Antrag geschäftsmäßig gleichzeitig mit dem Antrage des Landesausschusses ohne vorherige Discussion zur Abstimmung gelangen kann, wird beschlossen, zur namentlichen Abstimmung zu schreiten, bei welcher der Antrag des Landesausschusses mit dem Zusatz des Grafen Golejewski mit der Majorität von 76 gegen 26 Stimmen angenommen wird.

Graf Golejewski legt weiter einen Antrag folgenden Inhalts vor: „Der ruthenische Text ist in der auf den gefaßten Beschluß folgenden Sitzung auf den Tisch des Hauses niederzulegen, widrigenfalls der Beschluß nur über den polnischen Text gefaßt wird.“

Ueber Antrag des Grafen Adam Potocki wird dieser Antrag an den Landesausschuss zur unverzüglichen Berichterstattung überwiesen.

Abg. Dr. Kabath legt hierauf den Bericht des Landesausschusses über die Kundmachung der Landesgesetze vor. Der Landesausschuss beantragt folgendes Gesetz zur Annahme:

Art. 1. In den Königreichen Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogthume Krakau sind die Landesgesetze, Landtagsbeschlüsse, welche bindende Kraft haben, und Verordnungen des Landesausschusses durch

Aufnahme derselben in das Landesgesetz- und Verordnungsblatt in polnischer Sprache als der authentischen, dann in ruthenischer und deutscher Uebersetzung kundzumachen.“

Art. 2. Die auf die im Art. 1 bezeichnete Art kundgemachten Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen sind mit Beginn des fünftehnten Tages nach dem Tage der Kundmachung gültig, wenn in dieser Hinsicht nicht anders verfügt wird.“

Art. 3. Mein Staatsminister ist mit der Durchführung dieses Gesetzes beauftragt.“

Zu Art. 1 dieses Entwurfes stellt Graf Golejewski das Amendement, nach den Worten: „in polnischer Sprache“ hinzuzusetzen: „und nach Bedarf in ruthenischer Sprache, dann in deutscher Uebersetzung. In zweifelhaften Fällen entscheidet der polnische Text.“

Abg. v. Kozłowski stellt zu Art. 1 das Amendement, nach den Worten: „in polnischer Sprache als der authentischen“ einzuschalten: „und in ruthenischer Sprache, dann nach Bedarf in deutscher Uebersetzung.“

Bei der Abstimmung wird das Amendement des Grafen Golejewski abgelehnt und Art. 1 mit dem Amendement des Abg. v. Kozłowski angenommen. Die Art. 2 und 3 werden ohne Discussion genehmigt, worauf der Gesetzentwurf in dritter Lesung zum Beschluß erhoben wird.

Die Sitzung wird auf 2 Stunden unterbrochen, worauf Dr. Kabath im Namen des Landesausschusses den Zusatzantrag des Grafen Golejewski zur Annahme anempfiehlt. Dieser Antrag wird angenommen und sammt den schon angenommenen Anträgen in Betreff der Amtssprache des Landtags und des Landesausschusses in dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

Abg. v. Krzczunowicz legt den Bericht der zur Begutachtung der Katastralschätzungsangelegenheit eingesetzten Commission vor.

Angeichts der Schwierigkeiten der Einführung einer neuen Schätzung der Gründe und Angeichts des in der A. h. Entschliessung vom 19. Mai 1863 kundgegebenen Willens Sr. k. k. Apost. Majestät, daß die gegenwärtige Katastralschätzung zu Ende geführt werde, glaubt die Commission, daß man sich auf die Bitte wegen entsprechender Berücksichtigung der bisherigen fehlerhaften Operate beschränken solle. Die Commission legt den Entwurf einer solchen Bitte sammt den Andeutungen über die Revision der Katastralschätzung dem Landtage vor. Die Commission hält es für notwendig, den Landesausschuss zu beauftragen, zur Unterstützung der im Namen des Landes in dieser Angelegenheit bei dem Ministerium gestellten Forderung Abgeordnete nach Wien zu schicken, was um so notwendiger ist, als unser Land keinen besonderen Vertreter im Ministerrathe hat. Aus diesem Grunde beantragt die Commission:

Der h. Landtag wolle beschließen: 1. Die vorgelegte Petition an Sr. k. k. Apostolische Majestät; 2. die Andeutungen über die Revision der Katastralschätzung, welche der Petition beigefügt sind; 3. den Antrag an den Landesausschuss, Abgeordnete zu ernennen, welche diese Angelegenheit beim Ministerium persönlich zu unterstützen hätten.“

Nach Schluß der Generaldebatte, an welcher sich die Abg. v. Krzczunowicz, Graf Borkowski, Steffel, Szwedzicki, L. v. Skrzypski und Lawrynowicz beteiligten und für den Commissionsantrag sprechen, ergreift der Herr Regierungskommissär das Wort und bemerkt:

Die Angelegenheit wegen Durchführung eines stabilen Katasters in Galizien ist bereits zu verschiedenen Zeiten und unter verschiedenen Verhältnissen einer so allseitigen Beurtheilung unterzogen worden, daß ich Angeichts des Standpunctes, den die Commission in ihrem Bericht eingenommen hat, die Geduld des hohen Hauses nicht in Anspruch nehmen und mich weder in eine detaillirte Auseinandersetzung, noch in eine Abhandlung über die Einzelheiten dieses Gegenstandes einlassen werde, und zwar um so weniger, als die heutige Sitzung für die Verhandlungen fast die letzte ist.

Es steht außer allem Zweifel, daß die Regierung durch die Einführung eines stabilen Katasters die gegenwärtige Grundlage der Besteuerung mit Rücksicht auf deren erwiesene Ungenauigkeit, Unsicherheit und Unbilligkeit durch eine auf sichereren, genaueren und billigeren Factoren gestützte Grundlage zu ersetzen beabsichtigt.

Die Commission verkennt in ihrem Berichte die Nothwendigkeit dieser Aenderung nicht und hat die Ueberzeugung ausgesprochen, daß von einer Aenderung des Systems bei der bisherigen Ausführung der Katastraloperationen, namentlich von einer Aenderung des Systems bezüglich der Abschätzung der Gründe keine Rede sein könne, daß daher die bisherigen Schätzungs-Operationen zu Ende geführt werden müssen. Die Commission spricht weiter die Ueberzeugung aus, daß die Anträge hinsichtlich der Cultur-Gattungen, der Classification und Classirung der Gründe im Reclamationswege nach Erforderniß berücksichtigt werden können, daß dagegen alle anderen Schätzungs-Operationen vor der Reclamation von Amtswegen revidirt werden sollten, weil diese Operate, wie die Commission darstellt, theils unvollständig, theils irrig durchgeführt wurden, daher im Interesse der Billigkeit und Gerechtigkeit einer Berücksichtigung unterzogen werden sollten. Bezüglich der angeregten Unvollständigkeit und Unrichtigkeit der Schätzungsoperate fanden in der Commission im Beisein der Repräsentanten der Finanzlandesdirection weitläufige und erschöpfende Verhandlungen statt, in deren Folge sich die Finanzlandesdirection veranlaßt fand, einige diesen Gegenstand betreffenden Erklärungen und Bemerkungen von ihrem Standpuncte

aus durch den Druck zu veröffentlichen; die betreffende Broschüre wurde im hohen Hause vertheilt und bildete den Gegenstand der heutigen Debatte.

Die Commission beantragt schließlich die Unterbreitung einer Petition an den a. h. Thron Sr. Majestät wegen Anordnung einer genaueren Revision der Schätzungsoperationen.

Angeichts eines derart formulirten Antrages vermag ich mich, obgleich meine Aeußerung einen von den geehrten Herren Vorrednern nicht vollkommen befriedigend werde, nur auf die kurze Erklärung zu beschränken, daß die Regierung bei der Einführung des stabilen Katasters nur von der Absicht einer billigen und gerechten Vertheilung der Bodenbesteuerung geleitet wird, und mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Finanzverwaltung nach Inhalt der vertheilten officiellen Zusammenstellung sich der Erkenntniß des Bedürfnisses einer Revision und theilweisen Nichtigstellung der Schätzungs-Operate nicht verschließt, auch die Regierung im Allgemeinen die Ueberzeugung der Commission von der Nothwendigkeit der unerläßlichen Berichtigungen theilt, daß daher das hohe Haus, insofern die Commission im Allgemeinen die Anordnung solcher Berichtigungen zu erreichen beabsichtigt, versichert sein könne, daß der betreffende Beschluß des h. Hauses von Seite der Landesregierung die geneigteste und kräftigste Unterstützung finden werde.

Diese Eröffnung wird vom Hause mit lauten Zeichen der Befriedigung angenommen.

Hierauf wird der von der Commission verfaßte Entwurf der Petition an Sr. Majestät ohne Discussion angenommen, und ebenso werden die Commissionsanträge einhellig genehmigt und in dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

Sodann wird über Antrag des Abg. Paszkowski beschlossen, die an den Landtag gerichteten, auf die Katastral-Angelegenheit Bezug nehmenden Petitionen an das k. k. Statthalterei-Präsidium abzutreten.

Schließlich beantwortet der Herr Regierungskommissär die in den früheren Sitzungen eingebrachten Interpellationen, und zwar:

Die Interpellation des Abg. v. Trzeciecki in Betreff der verspäteten Zustellung der Legitimations-Karten an die Wähler im Tarnower Kreise bei den letzten Landtagswahlen. Der Grund dieser Verzögerung sei hauptsächlich die Kürze des Termins gewesen, die Regierung werde aber darüber wachen, daß derlei Verzögerungen künftig nicht stattfinden.

Auf die Interpellation des Abg. Loziński in Betreff der Gajewski'schen Stiftung in Jaworow erwidert der Herr Regierungskommissär, die Activirung dieser Stiftung hänge von der Erledigung der bei den Gerichten anhängigen Angelegenheit in Betreff anderer Legate des Stifters ab. Die Regierung werde für die Beschleunigung der Finalisirung dieser Angelegenheit Sorge tragen.

Auf die Interpellation des Abg. Giniewicz in Betreff des Pfarrers in Alkmanice antwortet der Herr Regierungskommissär, der Pfarrer könne in seiner Angelegenheit in Betreff der sogenannten sarta tecta-Gebühr sich an die Statthalterei berufen, welche seine Forderungen nach Maßgabe ihrer Billigkeit gewiß berücksichtigen werde.

Auf die Interpellation des Abg. v. Hubicki in Betreff des Boczower Kreisvorstehers versichert der Herr Regierungskommissär, daß in der Interpellation ausgesetzte Benehmen sei bereits untersucht und gerügt worden, und die Regierung werde auch weiterhin in dieser Richtung vorgehen.

Auf die Interpellation des Abg. Guszalewicz über die angebliche in Hinfolge begangene Gewaltthätigkeit erwidert der Herr Regierungskommissär, es hätte nach dem Ergebnisse der durchgeführten Untersuchung keine Gewaltthätigkeit stattgefunden und die ganze Angelegenheit sei in der Interpellation unrichtig dargestellt worden.

Schluß der Sitzung um 9 Uhr Abends. Die nächste und letzte Sitzung, vor welcher um 10 Uhr ein Gottesdienst stattfinden wird, ist auf Samstag um 11 Uhr angekündigt. Tagesordnung: Antrag des Abg. Dr. Koczynski wegen Vermehrung der Anzahl der Abgeordneten der Städte, dann feierlicher Schluß der Session.

Telegraphischer Landtagsbericht.

Pest, 1. Mai. Der „Lloyd“ meldet, daß die croatisch-ungarischen Deputationen vorläufig noch einen schriftlichen Ideenaustausch über die schwebenden staatsrechtlichen Fragen unterhalten und daß es erst dann zu einer formellen Sitzung kommen soll, wenn man auf diesem Wege einen gemeinsamen Anhaltspunct für die Verhandlungen gewonnen haben wird.

Österreichische Monarchie.

Wien, 1. Mai.

Am 1. Mai, dem fünfzigsten Jahrestag der Wiedervereinigung Salzburgs mit dem österreichischen Kaiserstaate hat Sr. Majestät, um den Bewohnern der Landeshauptstadt Salzburg als Erinnerung an dieses bedeutungsvolle Ereigniß einen bleibenden Beweis Seiner landesväterlichen Wohlgenüghkeit zu geben, verordnet, daß die Wälle und Gründe zwischen dem bestandenen Mirabell- und dem Einzertore bis zum Kapuzinerberge der Commune Salzburg zur Stadterweiterung auf ewige Zeiten unentgeltlich in das Eigenthum überlassen werden.

Sr. Majestät der Kaiser hat, wie die „Wiener Ztg.“ meldet, in Anbetracht des durch die Aufstellung von Feldsanitätsanstalten jetzt gesteigerten Bedarfes an Feldärzten genehmigt: 1. Doctoren der Medicin und Chirurgie erhalten die sogleiche Anstellung als wirkliche Oberärzte

mit Rücksicht der vorgeschriebenen dreimonatlichen Praxis, wenn dieselben die sonstigen Aufnahmebedingungen erfüllen. 2. Wenn Doctoren der Medicin und Chirurgie nur auf die Zeit des Bedarfes als Oberärzte eintreten wollen, wird über das festgesetzte Maximal-Alter von 32 Jahren hinausgegangen. 3. Sind Doctoren der Medicin und Chirurgie verheiratet, so müssen selbe im Falle der beabsichtigten bleibenden Anstellung die systemmäßige Heiratscaution pupillarmäßig sicherstellen oder, im Falle des Eintrittes auf die Zeit des Bedarfes, die Pensionsrücklage ihrer Gattinnen beibringen. 4. Ärzte, welche nur Doctoren der Medicin sind, werden als provisorische Oberärzte für die Feldspitaler angestellt, haben jedoch im Falle des schließlichen Standes die Pensionsrücklage ihrer Frauen beizubringen. 5. Für Wundärzte, welche im Besitze des Diploms als Magistri oder Patroni chirurgiae sind, gelten bei ihrer Anstellung als Unterärzte gleichfalls die sub 1, 2 und 3 angeführten Bedingungen. 6. Die aus dem Civilstande neuereintretenden Feldärzte erhalten bei ihrer Anstellung Gratificationen, und zwar: Oberärzte 200 fl. Unterärzte 140 fl. Außerdem werden ihnen die ihrer neuen Charge zukommenden Ausrüstungsbeiträge verabsfolgt, wenn sie zur Dienstleistung bei einer mobilisirten Truppe oder Anstalt eingetheilt werden. 7. Weiter werden Civil-Ärzte und Wundärzte in den Friedensspitalern gegen den Bezug von Diäten von fünf, beziehungsweise drei Gulden 6. W. täglich verwendet und denselben nebstbei die Naturalwohnung nach dem Transmalausmaße für Ober- und Unterärzte, sowie die Vergütung der Reise-Auslagen an den Anstellungsort und zurück bewilligt; endlich wird wenn sie in der Spitalsdienstleistung ihr Leben einbüßen sollten, ihren Witwen und Waisen eine Gnadengabe zugesichert. 8. Sollen Civil-Ärzte und Wund-Ärzte, welche sich bei den Truppen oder Spitalern im Felde dem Dienste widmen, bei Verleihung von Civil-Staatsbedienstungen im Medicinalfache besonders berücksichtigt werden. Mit derselben a. h. Entschliessung hat Sr. Majestät weiters genehmigt, daß im Bedarfsfalle auch Civil-Apotheker gleich den Civil-Wundärzten mit dem Bezuge von Diäten im Betrage täglicher drei Gulden, der Naturalwohnung und der Reisevergütung verwendet werden.

Sr. k. Hoheit Erzherzog Heinrich ist mit dem gestrigen Postzuge von Graz nach Verona abgereist.

Der Minister des Außern, Graf Mensdorff, empfing heute den preussischen Gesandten Baron v. Werther.

Durch einen Erlass des Justizministers werden die bisher nur theilweise angestrebten Modificationen im Gesängniswesen thatsächlich auf alle Strafanstalten Desterreichs ausgedehnt. Die Classification der Sträflinge, regelmäßige Beschäftigung, entsprechende Lectüre und ein unter tüchtiger Leitung stehendes Unterrichts-system sind die Grundpfeiler des neuen Reformgebäudes. Intelligente Sträflinge sollen zum Vorlesen und zum Unterrichte der übrigen verwendet, zugleich sollen aber die verderbten Elemente isolirt werden. Bei Wahl der Lectüre sind nur religiöse Bücher und moralische Unterhaltungsschriften zu berücksichtigen und den gebildeten Sträflingen kann auch das Lesen amtlicher Zeitungen erlaubt werden. Zur Beschäftigung der Sträflinge, die nach dem früheren Stande und dem Bildungsgrade Einzelner zu bemessen ist, werden Verträge mit Privatunternehmern empfohlen, wobei aber betont wird, mehr den Einfluß auf die künftige Erwerbsfähigkeit der Sträflinge, als das Interesse des Aeraars im Auge zu behalten. Sträflinge erprobter Gesinnung können auch zu Arbeiten außer der Strafanstalt verwendet werden. Die Hälfte des Verdienstes und jener Ueberschuß, der nach Bestreitung der Verpflegskosten von der zweiten Hälfte übrig bleibt, ist Eigenthum des Sträflings, welches fruchtbringend angelegt und beim Austritte dem Sträfling eingehändigt wird. Hievon kann jedoch jeder Sträfling einen Betrag von 60 kr. für erlaubte Nebeneinnahmen verwenden, welcher Betrag bei Sträflingen mit eigenem Vermögen auf 2 fl. erhöht werden darf. Das Hoffangleidereciet vom 4. März 1836, laut welchem kein Sträfling Geblasse sein kann, wird außer Kraft gesetzt und bestimmt, daß die Erbschaft eines Sträflings nach seinem Tode den gesetzlichen Erben zufallen. Auf die unter geistlicher Verwaltung stehenden Strafanstalten können diese Reformen in Ansehung der bestehenden Verträge nicht angewendet werden, und es müßte, wenn die Oberinen dieser Körperschaften nicht selbst die Hand zu diesen Reformen bieten wollten, der Ablauf dieser Verträge abgewartet werden. Das Justizministerium erklärt, daß die Regierung diese Verträge mit den frommen Schwestern nicht mehr erneuern werde, ausgenommen nach der in Belgien bestehenden Norm, wo die frommen Schwestern ihren Ordenszweck nur durch Unterricht, religiöse Leitung und Krankenpflege erfüllen und mit der Verwaltung der ökonomischen Anstalt nichts zu thun haben. Hervorhebend, daß die frommen Schwestern durch Ueberwachung der Privatunternehmer, welche die Verpflegung besorgen, den Sträflingen gleichsam als schützende Gewalt erscheinen, mithin ihre moralische Autorität erhöhen würden, spricht das Justizministerium den Wunsch aus, daß die in dieser Angelegenheit an die frommen Schwestern ergangene Einladung nicht ohne Resultat bleiben möge.

Der Sohn des verstorbenen Prof. Stubenrauch, Karl v. Stubenrauch, bisher Secretär der Versicherungsgesellschaft „Austria“, wurde nach Defraudation einer großen Summe flüchtig, und es stellte sich heraus, daß der junge Mann durch Fälschung der betreffenden Berichte und Rechnungsabschlüsse schon seit längerer Zeit das genannte Institut um bedeutende Summen verfürzte, und soll Stubenrauch auch noch unmittelbar vor der Flucht eine Summe aus dem Baarsfonde gestohlen haben. Man spricht davon, daß sich der Schade, den die Gesellschaft erleidet, auf circa 60- bis 80.000 fl. beläuft.

In Erwägung der drohenden Kriegsgefahr hat die Handels- und Gewerbekammer in Fiume an das Handelsministerium die Bitte gerichtet, die kais. Regierung möge noch zu rechter Zeit durch Vermittlung der neutralen Großmächte erlangen, daß ein möglichst langer Termin festgesetzt werde, während dessen die Kauffahrteischiffe unbehelligt an die hei-



